

Die SPD steht für einen sozialen Haushalt, die Menschen im Blick!

1. Ausgangslage

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Vor nunmehr fünf Monaten, am 13.12.2023 schlug der Bürgermeister die Erhöhung der Grundsteuern für unsere Bürgerinnen und Bürger um 100 % vor. Seine Begründung: Uns fehlen 30 Millionen Euro, mindestens die Hälfte, 15 Mio. müssen wir durch Steuererhöhungen in 2024 reinholen, sonst gehen wir in die Haushaltssicherung, d.h. Gronau ist abhängig vom Kreis Borken. Diese Pläne des Bürgermeisters zu einem Zeitpunkt, als es schon eine querdenkerähnliche Bewegung in unserer Stadt gab, denen der Bürgermeister schon nicht die Vorteile der Abfallsatzung erklären konnte. Einer Gruppe, die deshalb, für mich sogar zum Teil verständlich, sowieso sauer auf „die Stadt“, die Verwaltung, aber auch die Politik und den Bürgermeister war. Diese Steuerpläne waren daher nicht nur unsozial und unausgegoren, diese überaus schlechte Entscheidung des Bürgermeisters war geradezu verantwortungslos, war es doch Wasser auf die Mühlen derer, die in den letzten Monaten unsere städtische Gesellschaft – zumindest in den sogenannten sozialen Medien – spalten und schlecht reden.

Wir, die Gronauer SPD möchte einen sozialen Haushalt, die Menschen im Blick – Dieser Vorschlag des Bürgermeisters – eine Verdoppelung der Grundsteuern – stieß bei uns daher sofort auf Ablehnung: Diese Erhöhung hätte quasi alle Menschen in unserer Stadt getroffen: natürlich auch Gutverdiener, aber eben auch die Witwe mit ihrem kleinen, alten Häuschen und vielleicht großem Grundstück und auch die meisten Mieterinnen und Mieter von Wohnungen über die Nebenkostenabrechnung, auch sehr viele Menschen, eben Jung und Alt mit geringem Einkommen.

Der Haushaltsentwurf, der heute zur Abstimmung steht, ist in diesem wichtigen Punkt ein großartiger Erfolg: 95 % Punkte der vom Bürgermeister für 2024 vorgesehenen Grundsteuererhöhung bleiben die Bürgerinnen und Bürgern erspart!

Allerdings nur, wenn es heute zu einer Mehrheit für diesen Entwurf kommt. Die Gronauer SPD sieht darin einen wichtigen sozialen Aspekt und hat die Menschen im Blick, das ist für uns ein sehr wichtiger Grund für unsere Zustimmung!

2. Konnexität und Gronauer Sondersituation

Die SPD steht für einen sozialen Haushalt, die Menschen im Blick! Unsere Stadt Gronau steht vor einer besonderen Herausforderung, die wir nicht ignorieren können. Die fehlenden 30 Millionen Euro, können wir nicht über die Ausgabenkürzungen einsparen, ohne Gesetze oder Verträge zu brechen. Der Aktionismus mancher Kollegen in den letzten fünf Monaten hat dies m. E. völlig ignoriert. (der berühmte Satz: Wir haben ein Ausgabeproblem erweckte den Eindruck, wir müssten nur mal ein paar unnötige Luxusausgaben streichen...). Diese 30 Mio. fehlen uns langfristig, und zwar steigend. Das wissen wir auch schon länger: Die Ursache ist im Wesentlichen eben nicht, dass wir mit dem Geld nicht gut umgehen oder uns zu viele Luxusprojekte leisten: Die Ursache ist: Das Land und der Bund geben uns immer neue Aufgaben, ohne das dafür nötige Geld! Alles andere, worüber wir hier seit Monaten lamentieren, sind nur Peanuts im Vergleich zu dieser Ursache unserer Haushaltsprobleme. Bitte liebe Kolleginnen und Kollegen: Sagen

Sie dies auch unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern: Nicht Luxusprojekte oder ein Ärztehaus ist unser Problem, sondern die jetzige Form einer Schuldenbremse, wie diese von Herrn Lindner über Düsseldorf nach unten durchgereicht wird. Nun wurde gesagt, dass dieses Problem doch alle Städte haben müssten, warum haben dann nicht alle Bürgermeister eine Verdoppelung der Grundsteuern vorgeschlagen? Hier kommen wir zu einer Gronauer Besonderheit:

Erste Besonderheit: vergleichsweise hohe Gewerbesteuerereinnahmen

Zweite Besonderheit: vergleichsweise hohe Zahl an Kindern und Jugendlichen

Beides toll, oder???? Weit gefehlt!!!

1. Unsere hohe Gewerbesteuerkraft führt nach Landesrecht zu hohen Umlagen an Kreis und Landschaftsverband,
2. Wir bekommen wegen der hohen Gewerbesteuerereinnahmen wenige oder gar keine Landeszuweisungen und
3. Die hohen Kosten für Kinder und Jugendliche spielen bei diesen Finanzfragen für das Land bisher leider überhaupt keine Rolle! Und alle Insider wissen, um wie viel Millionen allein der Zuschussbedarf für die Kitas in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Wenn sich diese Situation nicht ändert, fährt unser Haushalt im nächsten oder übernächsten Jahr sowieso vor die Wand, schauen Sie sich doch die Zahlen bitte an! 30 Millionen, in den nächsten Jahren eher mehr, sparen wir nicht durch die Verschiebung von einigen Investitionen, nicht einmal, wenn wir die Hälfte des Personals sofort entlassen würden, was natürlich überhaupt nicht infrage kommen kann.

Die SPD-Fraktion fordert daher eine gerechtere Berechnung der Umlagen und Zuweisungen, die auch unsere Kinderquote einbezieht. Es würde mich freuen, wenn wir endlich gemeinsam in Düsseldorf, mindestens mit Hilfe eines Briefes an unseren Städte- und Gemeindebund diese Ungerechtigkeit deutlich ansprechen und Änderung fordern. Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum die meisten anderen Fraktionen diese Tatsache bisher ignorieren.

3. Verlorene Monate

Die SPD steht für einen sozialen Haushalt, die Menschen im Blick! Es ist bedauerlich, dass wir in den letzten Monaten wertvolle Zeit verloren haben. Die drastischen Steuererhöhungsabsichten des Bürgermeisters haben zu Unruhe und Kritik geführt, was leider auch den Gegnern unserer demokratischen Prozesse Auftrieb gab. Diese verlorene Zeit können wir nicht mehr zurückgewinnen, und es ist enttäuschend, dass der Bürgermeister sich nicht schon vor der ersten HFA-Sitzung politisch aktiv in Gesprächen mit Fraktionsvorsitzenden um eine Mehrheit für den HH bemüht hat. Stattdessen hat er sich auf seine Position als Verwaltungsleiter zurückgezogen und die Kürzungs- und Verschiebungssorgien ohne jedes System abgewickelt. Er hat nicht erkannt, dass durch diese zufälligen Mehrheitsbeschlüsse keine Mehrheit für ein Gesamtpaket zustande kommt.

Der verständliche Unmut in Teilen der Bevölkerung über die Steuererhöhungspläne garte zu lange weiter durch diesen Mangel an politischem Einsatz des Bürgermeisters. Es ist

wichtig, dass wir als Stadtrat zusammenarbeiten und nicht zur weiteren Spaltung der Gesellschaft beitragen, anstatt uns gegenseitig zu blockieren. Erschwert wurde diese Situation noch durch die Unerfahrenheit der Fraktionsvorsitzenden der größten Fraktion, die mir oft leidtat, und der schlechten Zusammenarbeit zwischen der CDU-Fraktion und dem CDU-Bürgermeister.

Die Situation stellte sich vor drei Wochen folgendermaßen dar: Der Bürgermeister hatte zugelassen, dass wochenlang in vielen Sitzungsstunden, manchmal bis weit nach Mitternacht viele Dutzende Beschlüsse gefasst wurden, um wie wild Personalstellen zu kürzen oder Investitionen zu verschieben. Von diesen vielen Streichbeschlüssen hat die SPD über 50 (in Worten 10 mal 5) nicht zustimmen können, entweder, weil sie nicht sozial gerecht sind oder weil sie einfach keinerlei Auswirkungen hatten für die Grundsteuererhöhungspläne. Bei diesen Streich- und Verschiebeorgien von Investitionen fehlte zudem vollkommen der Blick der Unterscheidung auf die wertvollen Zukunftsinvestitionen. Nehmen wir eine neue Grundschule: Seit Jahren fordern wir, dass es fünf vor Zwölf ist, und die Schule viel zu spät an den Start geht. Jetzt ist sie gestartet, aber an einem Ort, der für die Kinder und Familien viel zu weit von zu Hause entfernt ist. Kurze Beine, kurze Wege ist ein Motto, was leider zu wenig bekannt zu sein scheint. Die Kinder sind schon seit vielen Monaten da, aber der Bau der Schule hat nicht einmal begonnen.

Nach diesen Streichorgien war bei uns eigentlich klar, dass ein solcher Entwurf nicht sozial, nicht zukunftsorientiert und vor allem keiner für die Menschen ist. Und was bedeutete das für die Stadt und den Haushalt? Der Bürgermeister und die CDU können eine Mehrheit zum Haushalt nur bekommen mit Hilfe der kleinen aber lauten UWG-Fraktion, die (das ist nicht strafbar) der CDU und dem Bürgermeister eine Zustimmung zum Haushalt mit einem kleinen aber feinen Erpressungsversuch anbot: Sofortiges Auflösung der QEG usw.....

Ich bin meiner Fraktion sehr dankbar, dass wir uns in dieser Situation entschlossen haben, in Verhandlungen für Mehrheiten zu gehen, ohne Erpressungsversuche: Bei uns bleibt der Mensch im Blick, der Mensch in Gronau und Epe, für den wir eine Grundsteuererhöhung von 100 % auf marginale 5 % reduzieren konnten. Wir konnten in diesen fruchtbaren Gesprächen der letzten zwei Wochen nicht unsere Maximalforderungen durchsetzen, alle Seiten mussten Federn lassen, aber das Schlimmste konnten wir abwenden.

4. Unsere SPD-Positionen

Die SPD steht für einen sozialen Haushalt, die Menschen im Blick! Unsere Positionen sind klar und konsequent: Wir setzen uns dafür ein, dass Investitionen in die Zukunft unserer Stadt nicht völlig gestrichen werden, dass Familien und sozial Schwächere nicht im Stich gelassen werden und dass wir die Verkehrswende gegen den Klimawandel vorantreiben. Wir dürfen nicht zulassen, dass kurzfristiges Denken und Sparmaßnahmen unsere langfristigen Ziele gefährden. Für die Verkehrswende bleiben die Radwege bei uns auf der Agenda, die Umstellung von Benzinfahrzeugen auf E-Fahrzeuge kommt durch unseren Kompromiss wenigstens nicht ganz zum Erliegen. Es ist auch beim ÖPNV noch möglich, dass wir im Winter einen Vorschlag bekommen, der der Verkehrswende gerecht wird und den Menschen hilft, die es nötig haben.

Vor allem auch die Familien mit Kindern bleiben bei uns im Blick. Was unsere KollegInnen in Berlin erreicht haben, bleibt in Gronau nicht auf der Strecke: Wir sehen die Mütter, die wir als Fachkräfte dringend brauchen, die aber wegen der fehlenden OGS-Plätze noch nicht wieder oder nur auf Minijobbasis arbeiten können. Daher bin ich sehr froh, dass die vielen Bremsen, die die Streichorgien der letzten Wochen hinterlassen haben, mit diesem HH-Kompromiss zumindest ein klein wenig zurückgenommen werden. Stellen Sie sich die Mutter vor, die seit zwei Jahren wieder eine Halbtagsstelle hat, weil ihr Kind einen der wenigen OGS-Plätze ergattern konnte. Wenn jetzt in 2026 an ihrer Grundschule eine Reihe von Erstklässlern einen OGS-Platz zu Recht einklagen, muss sie durch diesen Kompromiss nicht befürchten, dass sie ihre Stelle aufgeben muss, weil der OGS-Platz ihres Kindes von der Stadt an eine Familie mit Rechtsanspruch vergeben wird. Das ist unser Erfolg, meine Damen und Herren, ein wichtiger Erfolg für die Menschen in unserer Stadt!

5. Langfristige Konsolidierung

Die SPD steht für einen sozialen Haushalt, die Menschen im Blick! Um langfristig eine stabile finanzielle Situation zu erreichen, sollten wir unsere Investitionen kritisch überprüfen, aber nicht ohne Maß und Mitte, vor allem nicht nur mit einem Blick auf die kurzfristigen Investitionszahlen: Es geht darum, nachhaltig wirtschaftliche Lösungen zu finden und die vielen Investitionsentscheidungen nicht Architektenbüros zu überlassen, die an jeder Kostensteigerung Geld verdienen. Stattdessen haben wir als SPD im Blick auf unser Vermögen (Immobilien) und unsere Investitionen bereits vor vielen Wochen zwei Anträge in den Ausschuss für Planen, Bauen und Denkmalschutz und den Konsolidierungsausschuss gebracht, die mittelfristig hoch wirtschaftlich sein werden. Glücklicherweise erhielten diese Anträge im PBD mit einer CDU-Ergänzung eine satte Mehrheit. Zudem sollten wir unsere Immobilien nachhaltig pflegen, um Ressourcenverbräuche zu senken und langfristig Kosten zu sparen. Hier ist jetzt die Verwaltung am Zuge, möglichst bald diese Beschlüsse umzusetzen.

Natürlich wird die SPD-Fraktion auch weitere sinnvolle mittelfristige Einsparvorschläge prüfen, obwohl wir auch gegenüber unseren Bürgern ehrlich sein müssen: Unser Problem ist durch uns nicht lösbar: Die Streichorgien der letzten Wochen kamen wir manchmal so vor, als wenn wir auf einem sinkenden Schiff mit riesigen Löchern sind, durch die jede Minute Kubikmeter von Wasser eindringt und wir als Matrosen stundenlang versuchten, mit Schnapsgläsern, das Wasser raus zu schöpfen, was minütlich meterweise stieg. So verrückt und tatsachenignorierend absurd kamen mir manche HFA-Nachtsitzungen vor.

Wenn an den Finanzzuweisungsregeln in Düsseldorf nichts geändert wird, laufen wir im nächsten oder übernächsten Jahr in ein Desaster und werden eh handlungsunfähig. Trotzdem werden wir natürlich aktiv mitarbeiten an sinnvollen Konsolidierungsüberlegungen.

Zum Beispiel setzen wir uns dafür ein, dass Projekte wie die Rathausstandorte und die Drilandseekosten auf ihre Wirtschaftlichkeit hin überprüft werden.

6. Ein sozialer Haushalt, die Menschen im Blick

Wo wir gerade beim Drilandsee waren und zuvor bei der Spaltung unserer Gesellschaft:

Der Drilandsee ist ein tolles Beispiel für die zwei Seiten einer Medaille, für die Frage, ob wir das Glas als halb leer, oder als halb voll betrachten: Ich denke an die neue Gastro, gegen die wir gekämpft haben, weil wir der Meinung waren, dass sie nicht zum naturnahen Charakter des Sees passt. Nun wird dort kräftig gebaut, derzeit ist der Ort in keiner Weise naturnah, aber ich hoffe, wenn alles fertig ist, dass unsere Befürchtungen sich nicht alle erfüllen, wohl aber die Hoffnungen der Befürworter. Demokratische Entscheidungen akzeptieren, ist eine wichtige Kultur und sollte es auch in diesem Hause unter uns sein.

Der gesamte See soll seit Jahren durch umfangreiche Maßnahmen „aufgewertet“ werden. Lange hatte man schon daher (leider mal wieder hinter verschlossenen Türen) an einem Kompromiss zwischen allen Parteien gebastelt. Auf der Nordseite wurde dann der geplante Aussichtsturm gestrichen und einiges andere, die sogenannte Promenade am Badensee war dann kurz vor der Umsetzung wieder heftig umstritten. Auch hier sehe ich derzeit, noch voll in der Bauzeit für mich persönlich etwas zu viel Beton, aber andererseits freue ich mich auf die Eröffnung. Was aber besonders wichtig ist, wir haben hier durch die Verlegung des Weges bspw. vor wenigen Wochen einen Kompromiss gefunden, niemand hat seine Maximalforderungen durchgesetzt, es hat viel Mühe gekostet, aber wir können zeigen, dass wir zusammen handlungsfähig sind.

Ja, Rats oder Ausschussmitglied in Gronau zu sein, bedeutet, viel mehr und viel längere Sitzungen als in anderen Städten und Gemeinden – aber unsere Menschen in Gronau und Epe sind es uns wert. Und ein letztes zum Drilandsee: Die aktuelle Finanzsituation hat den entscheidenden Ausschlag gegeben, dass die Renovierung des Weges auf der Nordseite von einer großen Mehrheit nicht nur verschoben, sondern gestrichen wird: Wir waren auch hier handlungsfähig!

Meine Damen und Herren,

Gronau ist eine Stadt, in der Vielfalt gelebt und Toleranz eingeübt wird; das gilt natürlich auch für die Südstadt Epe, das gilt aber auch hier im Hause, bleiben wir gerne hart in der Sache aber menschlich im Miteinander, es reicht, wenn andere in Gronau und Epe immer nur das halb leere Glas sehen.

Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden HH-Entwurf zustimmen.